

Fünfter Bericht des Ombudsrates im Würzburger Stadtrat am 12.05.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuchardt,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schäfer-Blake,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Bauer,

sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2010 hat der Stadtrat den Würzburger Ombudsrat als Beirat eingerichtet. Die Mitglieder des Würzburger Ombudsrates wurden 2015 auf Vorschlag des Würzburger Bündnisses für Zivilcourage für die Dauer ihrer Wahlperiode einstimmig von ihnen im Amt bestätigt.

Wir danken Ihnen für das Vertrauen und dass Sie uns in der Vergangenheit und sicher auch für unseren fünften Bericht ihre ungeteilte Aufmerksamkeit schenken. Das ist bemerkenswert, weil sie eine Fülle von Aufgaben zu erledigen haben.

Es handelt sich – wenn man so will – um eine Unterbrechung ihrer und unserer Tätigkeit, um der Frage nachzugehen, wie es in Würzburg mit dem Zusammenwirken von Stadtrat, Verwaltung und Zivilgesellschaft steht.

In einer Zeit großer Herausforderungen - und die hatten wir im Jahr 2015 ganz offensichtlich - werden zwischen dem „wir schaffen das“ und dem „wir schaffen das nicht“ gerne Stimmen laut, die nach Autoritäten rufen, nach klarem Oben und Unten, Regeln und Gehorsam, drinnen und draußen, wer dazugehört und wer nicht. Die ZEIT titelt heute „Dreist und hochgefährlich – Die neuen Autoritäten“ und bezieht sich auf „Offensiven“, die wir in benachbarten europäischen und außereuropäischen Ländern beobachten können. Wir kennen die Diskussion auch aus Deutschland und auch aus Würzburg. Die von der ZEIT so genannten „neuen Autoritäten“ sind nicht wirklich neu, sondern alt bekannte Deutungen vor allem des Nationalen, und der Abschottung, die auch in der Geschichte unserer Stadt eine unheilvolle Rolle gespielt haben.

Es geht derzeit „not – wendig“ darum alle Bürgerinnen und Bürger immer wieder neu für unsere Demokratie zu begeistern.

In Würzburg bemühen wir uns deshalb gemeinsam darum unserer Demokratie zu neuen, friedvollen und weltoffenen „Formen der Autorität“ zu verhelfen. Demokratie ist ein schwieriges Geschäft und geht mühevollen Wege. Vor allem auf kommunaler Ebene stärkt ihre (und ein wenig auch unsere Arbeit) das Vertrauen in Demokratie. Ich zitiere die heutige Main-Post und das Statement von Herrn Oberbürgermeister Schuchardt „Nicht alles ist schwarz-weiß“ und vor Ort leisten sie es sich bei vielen Fragen - jenseits von parteilich vereinbarten Linien - vor allem der Lösung von Problemen verpflichtet zu sein. „Demokratie“, so titelt heute die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, „ist leider kompliziert“.

Die „wirklich neue Autorität“ die wir uns für unsere Demokratie erarbeiten, steht auch im Zusammenhang mit dem Gedanken einen Ombudsrat für die Stadt auf den Weg zu bringen. Die neue Autorität weiß, dass Demokratie achtsam mit Zwischentönen, mit Verwerfungen und mit Minderheiten umgehen muss und Diskriminierungen zu vermeiden oder zumindest zu minimieren sucht. Die neue Autorität wird dem Ombudsrat „von der Seite“ zugesprochen, einmal von einer engagierten Zivilgesellschaft und eben auch von ihnen, dem Stadtrat, der dem Ombudsrat ein sicher unbequemes Mandat übertragen hat.

Dass Würzburg derzeit nicht nur „Fußball kann“ zeigt die Tatsache, dass wir die Konzeptionen von Bündnis für Zivilcourage im Zusammenspiel mit dem Ombudsrat zunächst in Würzburg bei einer bundesweiten Tagung vorstellen durften, vor kurzem auch in Aschaffenburg. Eingeladen sind wir noch in diesem Herbst nach Hamburg und im kommenden Jahr nach München.

Der Würzburger Ombudsrat ist eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sich durch Handeln, Duldung oder Unterlassung jeglicher Art, sei es durch juristische wie natürliche Privatpersonen, bzw. durch Träger der öffentlichen Gewalt oder durch Vereinigungen, die sich ganz oder überwiegend in der öffentlichen Hand befinden, in ihrer Menschenwürde diskriminiert fühlen. [§ 2 (1)]

Zur Vergegenwärtigung einige Rahmendaten unserer Arbeit:

Die sich aus diesem doppelten Auftrag ergebenden Aufgaben des Ombudsrates reichen in die Felder:

- Prävention
- Aktionen/ Veranstaltungen
- Beschwerdemanagement
- Öffentlichkeitsarbeit
- Dokumentation

Zur konkreten Gestaltung der Aufgabenfelder richtet sich der Ombudsrat gleichermaßen an

- Behörden, Dienste, Ämter und Einrichtungen der Stadt Würzburg und
- an die Würzburger Zivilgesellschaft (manchmal auch über das Bündnis für Zivilcourage).

Die erneut bestellten Mitglieder des Würzburger Ombudsrates sind:

<i>Harald Ebert</i>	<i>Don Bosco Berufsschule (Benachteiligte)</i>
<i>Burkhard Hose</i>	<i>Katholische Hochschulgemeinde</i>
<i>Stefanie Köster</i>	<i>Externe Koordination Lokaler Aktionsplan Würzburg</i>
<i>Aron Schuster</i>	<i>Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST)</i>
<i>Natali Soldo-Bilac</i>	<i>Mitarbeiterin der Stadt Würzburg, Zellerau</i>

Unser Bericht umfasst – in der notwendigen Kürze - drei Teile,

1. den Bericht zur Tätigkeit des Ombudsrates im zurückliegenden Jahr 2015,

2. eine kurze Einschätzung der Tätigkeit des Ombudsrates der Stadt Würzburg,
3. mögliche Weiterentwicklungen unserer Tätigkeit und Empfehlungen für den Stadtrat der Stadt Würzburg.

1) Bericht zur Tätigkeit des Ombudsrates im zurückliegenden Jahr

1.1. Chronologische Übersicht zur Tätigkeit des Ombudsrates

07.01.2015	<i>Vollversammlung des Bündnisses für Zivilcourage mit Bericht des Ombudsrates</i>
20.02.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
19.03.2015	<i>Vierter Bericht des Ombudsrates im Stadtrat</i>
27.03.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
24.04.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
22.05.2012	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
12.06.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
16.07.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
18.09.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
08.10.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrat
20.10.2015	<i>Vollversammlung des Bündnisses für Zivilcourage mit Bericht des Ombudsrates</i>
13.11.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrats
04.12.2015	Sitzung des Ombudsrates/ Sprecherrates
12.05.2016	<i>Fünfter Bericht des Ombudsrates im Stadtrat</i>

Der Ombudsrat traf sich im Berichtszeitraum zu 10 Sitzungen, im Jahr 2015 fanden zwei Vollversammlungen des Bündnisses für Zivilcourage und eine Berichterstattung im Würzburg Stadtrat statt.

1.2. Handlungsfelder des Ombudsrates

Die Handlungsprinzipien, welche die „neue Autorität“ des Ombudsrates stärken sollen, können als „Präsenz“ einerseits und „gestufte Aufmerksamkeit“ andererseits beschrieben werden.

Wir folgen einem Dreischritt:

Die „offene Aufmerksamkeit“ bedeutet „wir sind da“, „mit uns darf gerechnet werden“. Wir beobachten, dass die Möglichkeit den Ombudsrat verbunden mit einem qualifizierten Beschwerdemanagement anrufen zu können, bereits für sich wirkt.

Bei der „fokussierten Aufmerksamkeit“ als Folge konkret empfundener Diskriminierung, geht es im ersten Schritt nicht um die Frage, ob eine Diskriminierung „berechtigt“ als diskriminierend empfunden wird oder nicht. Empfindungen sind subjektiv! Es geht darum Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und wenn möglich zu begleiten. Als nächster Schritt folgt eine Mediation, soweit dies möglich scheint.

Die „aktive Zuwendung“ erfolgt z. B. durch die Zuführung einer immer wieder auftretenden Fragestellung in den öffentlichen Diskurs im Rahmen von Aktionen, Ausstellungen, Trainings, Workshops, auch im Rahmen des Programms Demokratie leben. Es hat sich bewährt, dass wir wenn möglich nicht auf aufgeheizte Situationen reagieren, sondern in einem genügend großen zeitlichen Abstand den dahinterliegenden Fragestellungen nachgehen: „Wir schmieden das Eisen, wenn es kalt ist“.

1.2.1. Prävention

Freitagsgespräche

Das gilt in besonderer Weise für unsere **Freitagsgespräche**. Wenn wir eine gewisse Häufung von Anfragen und Beschwerden Würzburger Bürgerinnen und Bürger zu einem Themenbereich erkennen, bitten wir jeweils wichtige Akteure zum Gespräch, um gemeinsam über die Weiterentwicklung unserer kommunalen Kultur zu beraten.

20.02.2015	Polizei/ Staatsschutz
27.03.2015	Ausländerbehörde
22.05.2015	Presse
12.06.2015	Würzburger Diskothek
14.09.2015	Bahnhofsmanagement
13.11.2015	Gleichstellungsbeauftragte
12.02.2016	Main-Post, Würzburg erleben
Offen	Bundespolizei-Inspektion

1.2.2. Anlaufstelle für das Beschwerdemanagement

Ich berichte statistisch nur die „Fälle“, die sich ausdrücklich an den Ombudsrat richteten oder unmittelbar an ihn verwiesen wurden. Weitere „Fälle“ waren in den originären Tätigkeitsfeldern der Mitglieder des Ombudsrats zu verzeichnen (z.B. katholische Hochschulgemeinde, Don Bosco Berufsschule, Jugendbildungsstätte des Bezirksjugendrings Unterfranken, Jüdisches Gemeinde- und Kulturzentrum in Würzburg)

Der Ombudsrat wurde im Jahr 2015 im Rahmen von 37 subjektiv empfundenen Diskriminierungserfahrungen angerufen. Der Ombudsrat war mit den Fällen zeitlich über eine Dauer von einem Monat bis zu 22 Monaten, im Durchschnitt 5-6 Monate befasst:

23 Fälle im Kontext zivilgesellschaftlicher Zuständigkeiten (Beispiele siehe unten):

Verweigerter Einlass in Würzburger Diskotheken (3), Wohnen (3), Presse (3), Bedrohung eines Mitglieds des Ombudsrats (3), Behinderung (2), Arbeit und Beruf (2), Justiz (2), Rechts- oder linksextremes Gedankengut (2), Schule (2), Diskriminierung von Bewohnerinnen eines Frauenhauses (1),

19 Fälle im Kontext kommunaler/ öffentlicher Zuständigkeiten (Beispiele siehe unten):

Demonstrationen (4), Ausländerbehörde (3), Migration und Flucht (3), Wohnungssuche von benachteiligten Menschen (2), Schulverwaltung (1), Residenzpflicht (1), Behörde (1), Bauamt (1), Stadtbau (1), Rechtsextremismus (1), Polizei (1).

Typische Vorgehensweisen im Beschwerdemanagement:

Meldung → unmittelbarer Handlungsbedarf → Kontakt aller Mitglieder des Ombudsrates zur Klärung der Zuständigkeit via Email oder Telefonat → ggf. schriftliche Abstimmung mit Sperrfrist von drei Tagen → Mediation → Bericht im Ombudsrat → via Protokoll an das Sozialreferat → Information/ Rückbindung des weiteren Vorgehens → //: erneuter Bericht im Ombudsrat // → Abschluss

Meldung → kein unmittelbarer Handlungsbedarf → Bericht im Ombudsrat (monatliche Sitzung/ Termine sind veröffentlicht) → Abstimmung → Mediation → via Protokoll an das Sozialreferat → Information/ Rückbindung des weiteren Vorgehens → //: erneuter Bericht im Ombudsrat // → Abschluss

1.2.3. Öffentlichkeitsarbeit

- Spaziergang in die GU am 29.01.2015
- Stolpersteinverlegung für T4 Opfer am 10.02.2015
- Würzburg ist bunt in der Zeit vom 14. -16. März 2015

1.2.4. Dokumentation

Der Ombudsrat erfasst und dokumentiert seine Tätigkeit und die Fälle durch öffentliche und nichtöffentliche Protokolle. Im nichtöffentlichen Teil werden die vorgetragenen subjektiv empfundenen Diskriminierungserfahrungen bewertet und dokumentiert.

2) Veranstaltungen im Rahmen von Demokratie Leben

Weil die Stadt, das Bündnis für Zivilcourage, sowie der Ombudsrat auf Augenhöhe miteinander umgehen, ist es uns gemeinsam gelungen nach dem Bundesprogramm „Lokale Aktionspläne“ auch das Programm „Demokratie leben“ für die nächsten Jahre in die Stadt Würzburg zu holen.

Das Folgeprogramm „Demokratie leben“ setzt bei der Förderung ganz ausdrücklich auf ein Empowerment -Konzept nämlich: Es geht um die Vernetzung und die personelle Begleitung vor allem durch und für die Zivilgesellschaft selbst (Peer Counselling). Die zivilgesellschaftlichen Strukturen erhalten aus dem Programm eine Förderung für eigene Projektmitarbeiter*innen. Wir freuen uns nach öffentlicher Ausschreibung Frau Jennifer Gabel, und Herrn Markus Heim (beide in Teilzeit) im Demokratie leben –Team begrüßen zu dürfen.

Wir haben in Würzburg gute und für uns erfreuliche Erfahrungen mit einem integrierten Ansatz von Verwaltungstätigkeiten und konzeptioneller Arbeit gemacht und möchten dies auch so fortsetzen. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Stadt setzen wir Akzente über Förderungen und dafür notwendiger Verwaltung einerseits und gemeinsame inhaltliche Arbeit andererseits.

Inhaltliche Akzente haben wir 2015 unter der Überschrift „Nicht in meinem Namen! Gemeinsam gegen Diskriminierung“ gesetzt und für 2016 im Begleitausschuss von „Demokratie leben“ neu beschlossen.

Von den zahlreichen Veranstaltungen, die der „lokale Aktionsplan“ und „Demokratie erleben“ bisher unterstützt haben, nenne ich beispielhaft Veranstaltungen, die vom des Bündnis für Zivilcourage und dem Team der Koordinierungsstellen durchgeführt wurden:

- Veranstaltung mit Dr. Stephan Marks, Freiburg, zum Thema „Scham“ am 23.04.2015: „Warum folgten sie Hitler“ (Sozialpsychologischer Ansatz)
- Film „Neuland“ 17.11.2015 (Thema „Fluchterleben“)
- Film „die Arier“ am 01.12.2015 (Thema „Umgang mit Rechtsradikalismus“)
- Ausstellung „Nicht in meinem Namen“ mit der Darstellung des Rettungswiderstandes in Dieulefit in der NS-Zeit vom 20.10. bis zum 14.11.2015

3) Einschätzung der Tätigkeit des Ombudsrates

Wir halten für das Jahr 2015 Bemerkenswertes fest:

- Wir verzeichnen als Ombudsrat eine ausgezeichnete Kooperation mit unserer **Ausländerbehörde**. Neben der immer unmittelbaren und schnellen Beratung nenne ich zwei Beispiele: Die sofortige Rücknahme eines Formulars zur **Niederlassungserlaubnis** in dem sich Fragen nach der Nasenform und der Hautfarbe fanden durch die Verantwortlichen der Stadt Würzburg. Quasi unter der Überschrift „... und bist Du nicht willig so brauch ich Geduld“ haben wir Stadt und Ombudsrat der Stadt das Problem der von Geldinstituten verweigerten und doch notwendigen Kontoeröffnung für Menschen mit dem „Status“ Duldung vielfach vorgetragen (Frau

Blass, Herr Zimmermann, Herr Kleiner, Burkhard Hose). Das „einfache Girokonto“ bzw. das „**Basiskonto**“ ist inzwischen bundespolitisch auf den Weg gebracht, wir denken wir haben gemeinsam ein wenig Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung. Viel getan hat sich bezüglich der **personellen Situation** in der Ausländerbehörde, dafür gebührt ihnen den politisch Verantwortlichen und der Verwaltung großer Dank. Offen bleibt allerdings die **räumlich** längst unter den Beteiligten vereinbarte Umgestaltung der Ausländerbehörde. Beharrlichkeit gehört zu den Kennzeichen einer neuen Autorität, die Demokratie stark macht.

- In den Tagen um den 16. März 2015 hat Würzburg sich eindeutig **gegen Rechtsradikalismus** und gegen Radikalismen überhaupt positioniert. Auch die nachfolgende Debatte um die Frage welche Formen des Widerstandes im Würzburger Hauptbahnhof legal oder legitim waren hat an Qualität gewonnen. Die Veranstaltung und die Podiumsdiskussion überschrieben mit einem Zitat von Hannah Arendt „Niemand hat das Recht zu gehorchen“ vom 22. April 2016 unter Beteiligung von Politik, Justiz, Polizei und „einem Betroffenen“ lies „Luft nach oben“ sollte aber nach Meinung aller Beteiligten fortgeführt werden. Auch dieses heiße Eisen muss besser kalt geschmiedet werden.
- Wir gratulieren unserem Oberbürgermeister noch einmal zu seinem Schreiben vom 23.04.2015 an Frau Bundeskanzlerin Merkel zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer und wünschen uns Präsenz und Beharrlichkeit bei der Gestaltung der **Würzburger Willkommenskultur**. Würzburg hat in der Trias Stadtrat, Verwaltung und Zivilgesellschaft viel für diese Herausforderung geleistet, wir sind froh in dieser Stadt zu leben. Das **Willkommensticket** hat bei Ihnen im Stadtrat keine Mehrheit gefunden, wir denken das war ordnungspolitischen und möglicherweise auch parteipolitischen Überlegungen geschuldet (auch hier zitiere ich die heute Main-Post und unseren Oberbürgermeister zumindest sinngemäß). Die Sorge um die Mobilität der Menschen mit Fluchterleben bleibt bestehen. Wir bleiben beharrlich und unterstützen die Idee jetzt kostenlose Fahrräder zur Verfügung zu stellen, vor allem (aber nicht nur) für die Bewohnerinnen und Bewohner von Unterkünften in Verantwortung der Stadt selbst.
- Beim Ombudsrat sind in den vergangenen Jahren immer häufiger Anfragen zum **Thema Wohnraum** für Menschen in prekären Lebenssituationen eingegangen. Das Recht auf Wohnen ist in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als Art. 25 zu finden. Auch angesichts des demografischen Wandels sehen wir in der Schaffung von (Wohn-)Quartieren eine wichtige Voraussetzung um Inklusionsprozesse für benachteiligte Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen **oder besonderen Lebenslagen wie Fluchterleben** zu realisieren. Bei der Entwicklung von integrierten Planungs- und Entwicklungskonzepten kommt der Stadt Würzburg nach wie vor die kommunale Planungshoheit und Steuerung zu.

- Der Ombudsrat gratuliert der Stadt zum kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** und arbeitet an der weiteren Umsetzung gerne mit. Neu ist unsere Beteiligung an der Erstellung des Sozialplans der Stadt, den sie in Auftrag gegeben haben und der nur in enger Abstimmung zwischen der Zivilgesellschaft, den freien und den öffentlichen Trägern der Wohlfahrt gelingen kann. Und natürlich müssen die anstehenden Probleme wie die zunehmende (Alters-)Armut oder die unzureichende Teilhabe armer Menschen am Gesundheitssystem auch benannt werden, damit sie überhaupt angemessen in den Blick kommen und Lösungsmodelle gesucht werden können.

Für das Jahr 2016 spricht der Ombudsrat auftragsgemäß erneut Empfehlungen für die Weiterentwicklung unserer Stadt aus.

1. Die Schaffung von finanzierbarem **Wohnraum** für Menschen in prekären Lebenslagen gleich welcher Ausgestaltung bleibt in Würzburg „Chefsache“.
2. Die räumliche Ausgestaltung der neuen **Ausländerbehörde** sollte endlich und zeitnah umgesetzt werden.
3. Die Bürgerbeteiligung an der Umsetzung des **Aktionsplans zur UN Behindertenrechtskonvention** und am **Sozialplan** der Stadt Würzburg ist dem Würzburger Stadtrat ein wichtiges Anliegen.
4. Das Programm **Demokratie leben** verdient in den Formen seiner Ausgestaltung die öffentliche Unterstützung durch den Würzburger Stadtrat, durch die Verwaltung und die Zivilgesellschaft.

Die Sorge des Würzburger Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, vor einem „arabischstämmigem **Antisemitismus**“ (Main-Post) motiviert uns sie als Würzburger Stadträte zeitnah zu **einer interreligiösen Shuttletour** einzuladen. Auch mit beharrlicher Präsenz können wir gemeinsam zeigen, wie wir uns ein weltoffenes Würzburg vorstellen.

In eigener Sache dankt der Ombudsrat dem Stadtrat für die Bereitstellung von Mitteln im laufenden Haushalt 2016. Sie ermöglichen die Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rates durch Honorarkräfte. Die Geschäftsführung ist im Jahr 2016 von Herrn Michael Weis auf Frau Christina Lotz übergegangen. Dies ist ein wichtiger, wenn auch nur erster Schritt auf dem Weg der dialogischen Weiterentwicklung einer strukturellen Absicherung unserer Arbeit. Ganz sicher sind wir uns, dass die Breite des geschilderten Anspruchs unseres Beitrags zu einer inklusiven Kommune den direkten Zugang zum Oberbürgermeister erforderlich macht.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

Für den Ombudsrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Harald Ebert', written in a cursive style.

Dr. Harald Ebert